

litik« geworden. In diesem Zusammenhang erhält die Diskussion um das Vielfalt-Postulat neue Nahrung. Erfreulicherweise wurde beim Versuch einer besseren Kennzeichnung des Verständnisses von Vielfalt auch das Wirtschaftlichkeitsmoment einbezogen. Jedenfalls geht aus den Beiträgen hervor, daß Vielfalt als mehrdeutiger Begriff hingenommen werden muß.

Den weitaus größten Anteil der Diskussion hatten Einzelheiten der Mediennutzung in der Entwicklung wie bei der kulturellen Bewertung. In diesem Zusammenhang kamen zahlreiche Probleme zur Sprache, die seit längerem in der wissenschaftlichen Literatur behandelt werden: Rolle und Bedeutung der Musik im Rundfunk, interkulturelle Zusammenhänge beim Medienangebot, Probleme des europäischen Rundfunks bzw. der Europäisierung sowie der rechtlichen Normierung.

Wie sich von Jahr zu Jahr deutlicher zeigt, besteht unter der Mehrheit der Kommunikationswissenschaftler Konsens über die Einschätzung der Risiken der »neuen« Medien. Jedenfalls zeugt dieser Band von einer weitgehend ideologiefreien Behandlung der Probleme; das war nicht immer so.

Im übrigen kamen auch juristische Überlegungen zur Sprache. Dabei ging es um die Schwierigkeiten, die mit dem Versuch entstanden sind, dem dualen Rundfunksystem einen rechtlichen Rahmen zu setzen. Mit dem FRAG-Urteil von 1981 hatte das Bundesverfassungsgericht das öffentlich-rechtliche System abzuwandeln versucht, um es auf den privaten Rundfunk zu übertragen. Es verpflichtet das »duale Rundfunksystem« letztlich auf einen publizistischen Qualitätswettbewerb. Im Niedersachsen-Urteil beugte sich jedoch das Bundesverfassungsgericht in gewissem Maße der »normativen Kraft des Faktischen«. Es bestätigte beide Systeme in ihrem Selbstverständnis, so entstand eine Disparität, die eine Vielzahl ungelöster Folgeprobleme heraufbeschwor.

Auf einen weiteren Aspekt, das Verhältnis von nationaler Medienpolitik und europäischem, de-reguliertem Rundfunkmarkt, sei besonders hingewiesen. So kam der Gegensatz zwischen einer an enge Grenzen gebundenen und in viele Bundes- und Länderkompetenzen zersplitterten Kommunikationspolitik und der Konzentration

wirtschaftlicher Medienmacht im europäischen Maßstab zur Sprache.

Referate hielten (in der Reihenfolge des Inhaltsverzeichnisses) folgende Kommunikations- und Medienwissenschaftler sowie Praktiker: Wolfgang Bergsdorf, Udo Michael Krüger, Erwin Faul, Claudia Mast, Beate Schneider, Michael Darkow, Elisabeth Noelle-Neumann, Marie-Luise Kiefer, Klaus Schönbach, Petra E. Dorsch-Jungsberger, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer, Peter A. Bruck, Martin Stock, Verena Metzger-Mangold.

Diese wenigen Hinweise können selbstverständlich nur einen höchst unvollständigen Eindruck vom Verlauf des Gesprächs und erst recht von der Qualität der einzelnen Referate vermitteln. Um so wichtiger ist es, daß diese nunmehr in gedruckter Form vorliegen.

FRANZ RONNEBERGER, Nürnberg

Jörg Becker / Tamás Szecskö (Hrsg.): *Europe speaks to Europe*. International Information Flows between Eastern and Western Europe. – Oxford, New York, Frankfurt/Main u. a.: Pergamon Press 1989, XX, 445 Seiten.

Den Ostblock gibt es nicht mehr. Als es ihn noch gab (oder mindestens zu geben schien), trafen sich 56 Experten aus 19 Staaten (überwiegend Wissenschaftler) in der Evangelischen Akademie Arnoldshain bei Frankfurt. Im Frühjahr 1988 analysierten sie Geschichte, Gegenwart und Perspektiven des Programm-, Daten- und Informationsaustausches zwischen Westeuropa und Osteuropa. Die Vorträge dieser Tagung versammelt der Band »Europe speaks to Europe«, gegliedert in fünf Kapitel: »Politik, Kultur und Wissenschaft«, »Fernseh-Programmaustausch«, »Austausch von Daten«, »COCOM-Liste und amerikanische Exportkontrollen«, »Internationale Vereinbarungen und Völkerrecht«.

Fast alle Vorträge unterscheiden sich wohlthuend von internationalen Treffen im Rahmen der UNESCO oder der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Bestanden diese über Jahre hinweg aus der Darlegung bekannter ideologischer, juristischer und politischer Positionen, so praktizierten die Teil-

nehmer in Arnoldshain das, was sie behandelten: sie tauschten Informationen aus. Dies macht aus dem Sammelband eine Fundgrube mit Daten und Tabellen über den Programmaustausch der europäischen Fernsehanstalten seit den sechziger Jahren, über die Kooperation von Datenbanken und Fachinformationssystemen und über die politischen Restriktionen, welche – wie die COCOM-Liste – eine intensivere Kooperation in Europa verhinderten. Ein ausführliches Glossar gestattet die Benutzung des Bandes als Nachschlagewerk.

Nachdem sich das Gesicht Europas dramatisch verändert hat, mag das Thema der Tagung wenig spektakulär anmuten. Tatsächlich jedoch leisteten viele Teilnehmer Pionierarbeit und trugen dazu bei, die Mauern in den Köpfen der Kommunikationswissenschaftler abzutragen. Im Zeitalter der Vision vom »gemeinsamen Haus Europa« wandten sie sich verstärkt Fragen der Zusammenarbeit zu. Mit den Worten von Lutz P. Michel: »Wenn die Anzahl der Publikationen über einen Gegenstand dessen Stellenwert für die Wissenschaft anzeigt, dann lautet das Fazit für mein Thema: seine Bedeutung für wissenschaftliche Untersuchungen ist gleich Null.« Michel beschreibt den Austausch von Fernsehprogrammen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den – damals – sozialistischen europäischen Staaten. Sein Befund ist noch aktueller geworden: »The market rules«; die marktwirtschaftlichen Regeln diktiert die Kooperation zwischen den beiden Hälften des Kontinents sowie die Veränderungen der mittel- und osteuropäischen Mediensysteme.

Die heute am häufigsten gestellte Frage auf diesem Gebiet lautet: Welchen Einfluß besaßen die Massenmedien auf den Reformprozeß jenseits des Eisernen Vorhangs? Darauf vermag der Sammelband zwar keine Antwort zu geben, doch enthält er zahlreiche Belege für Tendenzen der Desintegration, viele Spuren des seit 1985 gewachsenen Pluralismus in der Medien- und Informationspolitik der osteuropäischen Staaten. Auf das Interesse der Menschen an Videogeräten und bespielten Kassetten reagierten sie ebenso unterschiedlich wie auf die zunehmende Kooperation der Datenbanken und Fachinformationssysteme in Ost und West. Auch bei der Einführung des Satellitenrundfunks und im Rahmen der

KSZE-Folgekonferenzen über die Arbeitsbedingungen ausländischer Korrespondenten bildete Osteuropa während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre längst keinen Block mehr: Die Differenzierung zwischen den Staaten gewann die Oberhand.

Als Bestandsaufnahme für die achtziger Jahre wird »Europe speaks to Europe« noch lange Gültigkeit beanspruchen können. Wie sehr die Tagesordnung der internationalen Kommunikationspolitik binnen kurzer Zeit durcheinandergeraten ist, konnten die Herausgeber und die Autoren freilich nicht absehen. Wirtschaftliche, insbesondere betriebswirtschaftliche Überlegungen bestimmen den Programm-, Daten- und Informationsaustausch mehr denn je. Völkerrechtliche Bestimmungen und staatliche Reglementierungen verlieren an Gewicht. Die Kommerzialisierung von Informationen und Daten wird immer spürbarer. Um es mit einem Bonmot des kanadischen Kommunikationswissenschaftlers Vincent Mosco zu formulieren: aus der »paper-society« wird die »pay per-society«.

Der technologischen Kooperation sowie dem durchgreifenden Wandel der Mediensysteme und der Informationspolitik in Osteuropa unter den veränderten politischen Bedingungen nachzugehen, wird eine lohnende Aufgabe für das »Folgetreffen« in Moskau vom 17. bis 21. Dezember 1990 sein. ROLF GESERICK, Tübingen

Rainer Kabbert: *Rundfunkkontrolle als Instrument der Kommunikationspolitik*. Einfluß im Prozeß der Öffentlichen Meinungsbildung. – Nürnberg: Verlag der Kommunikationswissenschaftlichen Forschungsvereinigung 1987 (= Kommunikationswissenschaftliche Studien, Bd. 2), (III), 406, IV Seiten.

Diese Studie ist zunächst einmal deshalb bedeutsam, weil sie mit kommunikationswissenschaftlichen Methoden eine Frage angeht, die über Jahrzehnte hin fast nur die Rechtswissenschaft eingehender behandelt hat. Dabei stellt die Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Art ihrer Institutionalisierung und ihrer Wirkung, gewiß eines der Essentials dieser nicht vom Wettbewerb geprägten Rundfunkordnung dar.